

## 70 Jahre Bund der Vertriebenen – Jubiläumsfeier in Stuttgart

**Der Weiße Saal des Neuen Schlosses und festliche Musik boten am 23. April den würdigen Rahmen, um eine Erfolgsgeschichte zu feiern. Spitzenpolitiker des Landes ließen Revue passieren, welche positive Rolle die deutschen Heimatvertriebenen seit der Gründung ihres Dachverbandes und des Südweststaates im Jahr 1952 spielten.**

*Iris Ripsam*, die BdV-Landesvorsitzende, begrüßte die Mitwirkenden und Gäste, namentlich auch einige aus der zahlreichen Prominenz, darunter Rainer Wieland, den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, und Erwin Teufel, den ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg. Nach einem Ausblick auf zahlreiche geplante Veranstaltungen des BdV bat sie Landeschef Kretschmann direkt um finanzielle Unterstützung des Landes auch für die Entwicklungen in der Zukunft.

Der Präsident des BdV *Dr. Bernd Fabritius* überbrachte die Grüße seines gesamten Präsidiums, lobte die teils Maßstäbe setzende Arbeit des baden-württembergischen Landesverbandes und dankte für die ehrenamtliche Arbeit in den Kreisverbänden. Unverändert sei es wichtig, dass Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler mit einer Stimme sprechen, auf ihr kollektives Schicksal sowie ihre Leistungen öffentlich und bei den Verantwortungsträgern in Politik und Gesellschaft aufmerksam machen. Fabritius dankte explizit für die beständige Unterstützung der Landesregierung in Stuttgart und betonte zugleich, dass die Kultur der Deutschen aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa ein bereichernder Teil des gesamtdeutschen kulturellen Erbes ist. Seine Pflege, Fortentwicklung und Weitergabe sei beständig unsere gemeinsame Aufgabe. Der BdV-Präsident zeigte sich besorgt über den repressiven Umgang des polnischen Staates mit seiner deutschen Minderheit und appellierte an die Bundesregierung, sich zeitnah für einen Minderheitenschutz einzusetzen, wie Polen ihn vertraglich und gesetzlich eigentlich garantiere und Deutschland ihn gewährleiste. Blanke Wut und Fassungslosigkeit habe die menschenverachtende Invasion Russlands in die Ukraine unter dem Vorwand des Minderheitenschutzes ausgelöst. Der Krieg habe aber über die gesamte ukrainische Gesellschaft mit all ihren Minderheiten, auch die russische und eine 33.000 Köpfe zählende deutsche, unvorstellbares Leid gebracht. Darüber hinaus würden die 400.000 Deutschen in Russland wieder zu Drangsalierten und Ausgegrenzten. Für den BdV komme es nach dem Krieg darauf an, die Erfahrungen der deutschen Heimatvertriebenen einzubringen, um die aufgerissenen Gräben zu überwinden.

*Thomas Strobl*, Stellvertretender Ministerpräsident, Minister des Innern sowie Landesbeauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler, hob den Kontrast hervor, als nach dem Krieg die Welt der Flüchtlinge und das Schloss in Trümmern lagen, gegenüber dem heutigen Wohlstand. Im Südwesten sei es auch dank der Neubürger aus Osteuropa gelungen, aus diesen Trümmern eine neue Zukunft zu bauen. Man habe von den Flüchtlingen profitiert, sie seien ein nicht wegzudenkender Teil dieser Wohlstands-, Wirtschafts- und Kulturgesellschaft. Ohne den Beitrag dieser 1,6 Millionen Menschen oder dieses Fünftels der Bevölkerung wäre Baden-Württemberg nicht das, was es heute ist. Die zwar anfangs nicht konfliktfreie, aber letztlich gelungene Begegnung zwischen Alteingesessenen und Neubürgern habe das Land grundlegend zum Guten verändert, ja ohne die Heimatvertriebenen und ihr geschlossenes Votum bei der Volksabstimmung im Dezember 1951 gäbe es das Bundesland gar nicht. Vor allem bei drei Aufgabenfeldern seien die Landsmannschaften, der BdV und die Landesregierung nach wie vor in der Pflicht:

Gestaltung des Übergangs von der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration, Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten und Integration der Spätaussiedler. Zukunft brauche Herkunft. In diesem Sinn habe sich der BdV in den vergangenen 70 Jahren politisch, kulturell und wirtschaftlich für Frieden, Freiheit und Toleranz eingesetzt. Dieses Engagement sei auch heute und in Zukunft gefragt.



Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Foto: BdV Stuttgart

Ministerpräsident *Winfried Kretschmann* gab zunächst Anlass zur Befremdung, als er mitteilte, dass der Landtag von Baden-Württemberg 1957 mit nur einer Stimme

Mehrheit besiegelte, das Neue Schloss zu rekonstruieren statt ein Hotel zu errichten. Durch ihre kompakte Befürwortung zur Gründung des Südweststaates hätten die Vertriebenen geholfen, den Grundstein für den enormen Erfolg des Landes zu legen. Stalins Rechnung, Deutschlands Katastrophe werde durch den Zustrom der Flüchtlinge verschlimmert, sei nicht aufgegangen. Im Gegenteil hätten diese aktiv den Neuaufbau des Landes mitgestaltet und seien gute Staatsbürger geworden. Ohne an der Schuld Nazi-Deutschlands einen Zweifel zu lassen, stellte Kretschmann klar, dass die Verbrechen von Deutschen nicht die Verbrechen an Deutschen rechtfertigen können. Unrecht bleibe Unrecht. Es sei deshalb wichtig, dass wir alle die Erinnerung an die Vertreibung wach halten – um der Versöhnung willen und um aus der Geschichte zu lernen. Die Vertriebenen hätten ihr Wort gehalten, nachdem sie in ihrer Stuttgarter Charta vom 5. August 1950, einem Schlüsseldokument der Nachkriegszeit, ihren Willen bekundet hatten, friedlich ein geeintes Europa zu schaffen. Dafür gebühre ihnen Dank und Respekt. Versöhnung und Frieden anzustreben und Brücken zu bauen, seien stets auch Ziele des BdV gewesen, so der Grünen-Politiker, der sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Verband bedankte. In seltener Offenheit gab er berührende Einblicke in die Herkunft seiner Familie aus dem ostpreußischen Ermland und ihre Flucht über das zugefrorene Frische Haff im strengen Winter 1945. Zum Ukraine-Krieg bemerkte Kretschmann, er habe die internationale Friedensordnung der Nachkriegszeit zerschossen. Putins Lügenpropaganda, die an dunkelste Zeiten unserer eigenen Geschichte erinnere, habe sich selber dementiert. Nur ein einiges, demokratisches und wehrhaftes Europa habe eine Chance gegen Großmächte wie Russland und China. „Europa ist unsere Zukunft, und dass die Vertriebenen das so früh erkannt haben, zeugt von ihrer Weitsicht“, sagte der Ministerpräsident und erhielt spontanen Applaus als Antwort.

*Prof. Dr. Manfred Kittel* arbeitete heraus, dass 1952 auch als Gründungsjahr des Lastenausgleichs auf Bundesebene für die 8 Millionen Vertriebenen im westlichen Deutschland bedeutsam war. Zwar sei nur ein Drittel der bereitgestellten 150 Milliarden DM für die eher symbolische individuelle Entschädigung nach Größe des Verlustes aufgewendet worden, der Rest hingegen für Renten und Aufbaudarlehen, die der wirtschaftlichen Eingliederung und dem Wohnungsbau dienten. Trotz

Mängeln habe der Lastenausgleich den Vertriebenen vor Augen geführt, dass diese Aufnahmegesellschaft prinzipiell solidaritätsfähig war. Noch wichtiger für den Integrationserfolg sei aber das Wirtschaftswunder gewesen. „Ich wüsste nicht, wo auf der Welt eine Integration wirtschaftlich-sozial besser gelungen wäre als bei uns in der guten alten Bundesrepublik“, resümierte der Historiker. Wie die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs müsse auch Putins Absicht, die Ukrainer als nationale Gruppe in ihrer Identität als Volk und Land zu zerstören, eindeutig als Genozid eingestuft werden. Kittel hatte schon im Jahr 2014, damals als Gründungsmitglied der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, eine Protestveranstaltung gegen die Annexion der Krim an Großrussland organisiert, was ihm freilich vom politischen Berlin nicht gedankt wurde. Vielmehr sei gleichsam als Belohnung für Putins Willkür ein Jahr später Nordstream 2 durchgewunken worden. Man hätte wissen können, dass der russische Despot „ein lupenreiner völkischer Nationalist und geschworener Feind des freien Westens ist“. Angesichts der Ignoranz gegenüber der rechtsextremen Gefahr aus Moskau und daraus resultierenden politischen Fehlleistungen, die das Risiko für Tyrannen leicht kalkulierbar hielten, sieht Kittel mit jedem neuen Massengrab in der Ukraine auch die deutsche Erinnerungskultur zunehmend kritisch. „Die Lehre aus dem Dritten Reich haben wir Deutsche nicht wirklich gezogen“, mahnt er, denn es müsse zentral darum gehen, wie ein Horror dieses Ausmaßes künftig abwendbar ist. Die aktuelle Zeitenwende müsse die wehrhafte Demokratie daher in den Mittelpunkt unserer Erinnerungskultur rücken. Gerade der BdV habe zu dieser Neuorientierung vieles beizutragen.

*Stefan P. Teppert*